

GGG—Gegen die Sieben GGG — Gegen die Lügen Die Bank wird gesprengt Das Geld wird verschenkt

Außerdem:

Prozeß gegen Unter-
zeichnerin des "Nichtbe-
folgungs-Aufrufes"

Ein kurzer Blick ins Auf-
enthaltsgesetz

Feuer am Semmering
Eine Aktion

HGHGW in Graz soll
doch bitte
NICHT geräumt wer-
den!!

Zensur bei der MIG



Weltwirtschaftsgipfel in München — was wirklich geschah.
Umfangreiche Information auf Seiten 2 bis 7

MÜNCHNER FREIHEIT

**Brutale Polizei:
So ruiniert sie
Münchens Image**

“Der Kongreß hat de facto nicht stattgefunden”

(Städtereffen linksradikaler Gruppen)

“Wenn einer glaube, sich mit Bayern anlegen zu müssen, müsse er wissen, daß hartes Hinlangen bayrische Art ist”

(M. Streibl, Ministerpräsident von Bayern)

München - das steht für High-Tech-Metropole, Waffenschmiede der BRD, Zentrum in Zentrum, dumpfe Bierseligkeit, Franz Josef Strauß, USK und jede Menge Yuppies.

München - die “Weltstadt mit Herz” (so die Fremdenverkehrswerbung) hat alles aufgefahren, was sie zu bieten hatte - Bullen, Bullen und noch einmal Bullen. An die 9000 Männer und Frauen wurden aufgeboten, um die “Sicherheit” des Gipfels zu gewährleisten. Bereits im Vorfeld mußten sich die GipfelgegnerInnen massive Behinderungen, verbunden mit einer versuchten Kriminalisierung mittels Medienhetze, gefallen lassen. “3000 Autonome wollen Krawalle provozieren”, “Gipfel der Angst” oder “Szene macht mobil gegen den Gipfel”, waren nur einige der Schlagzeilen.

3 Vorbereitungsveranstaltungen, 2 in München, 1 in Nürnberg wurden vom USK gestürmt und somit an der Abhaltung gehindert. Wirte, die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen wollten, wurde mit dem Entzug der Konzession gedroht. Hausbesitzer, die ihre Räume an unerwünschte Gruppen vermieten, wurden von staatlicher Seite unter Druck gesetzt. Der Infoladen München wurde von Bullen durchsucht, das “3. Welt Café” v.a. bekam regelmäßig Polizeibesuche. Frauen und Männer, die den Kongreß organisiert haben, sind z.T. aufs Plumpe bespitzelt worden (Besuch von falschen Gasmännern u.ä.).

Internationale ReferentInnen haben teilweise kein Visum für die BRD bekommen. Ein zentraler Schlafplatz für mehrere 1000 Leute wurde von der Stadt nach anfänglicher Zusage widerrufen.

Die hier erwähnten Tatsachen sollen veranschaulichen, unter welchen Bedingungen die OrganisatorInnen des Gegengipfels arbeiten und leben mußten und müssen. Zynismus am Rande: Wiederholte Male kamen von offizieller Seite Anspielungen bzw. wurden Parallelen hergestellt zur Olympiade 72 in München, vor allem was die “Sicherheit” betrifft, wobei geflüssentlich verschwiegen wird, daß deutsche Bullen das damalige Massaker veranstaltet haben.

Der Gegengipfel zum WWG '92, von über 60 Gruppen unterstützt, sollte von 3.-5.7. an der Ludwig Maximilians-Universität (LMU) München stattfinden, daraus wurde jedoch nichts. 2 Tage vor Beginn des Gegengipfels wurden die mündlich zugesicherten Räume an der LMU von Rektor Steinmann schriftlich abgesagt. Begründung: “Die gleichzeitige Durchführung der Großdemonstration in unmittelbarer Nähe zum Uni-Gebäude ist mit unkalkulierbaren Risiken für die Universität verbunden” und “es gehört nicht zu den Aufgaben des studentischen Sprecherrates sich mit politischen Fragen, wie den WWG zu beschäftigen”. Der studentische Sprecherrat ist in Folge geschlossen zurückgetreten.

Freitag, 3.7.92: An diesem Tag hätte die Eröffnung des Gegenkongresses stattfinden sollen, auch nachdem das Uni-Urteil bereits bekannt war, ist von den OrganisatorInnen der Geschwister Scholl-Platz vor der Uni als Ort der Auftaktskundgebung gewählt worden, bereits Donnerstag abend wurde vom TrägerInnenkreisbündnis beschlossen Freitag in die Uni reinzugehen, wovon auch die Mehrheit der am Platz versammelten Menschen ausging. Um 18 Uhr befanden sich ca. 2000 Menschen am Platz

vor der Uni.

Was dann folgte, kann mensch nur mehr als abgekartetes Spiel, zu mindest von Teilen des TrägerInnenkreisbündnis, betrachten: Schon in einem der ersten Redebeiträge verkündete eine Vertreterin des kirchlichen Unterstützungskomitees, das “wir dann gemeinsam in die vorbereitete Lukas-Kirche gehen”. Diese Situation vermittelte uns das Gefühl, nicht in die Diskussion, bzw. Entscheidungsfindung eingebunden zu sein,

Erklärung zum Verbot des Gegenkongresses

Mitte der vergangenen Woche wurden die mündlich zugesicherten Räume für den Gegenkongress durch den Universitätsrektor Steinmann schriftlich abgesagt. Diese Entscheidung wurde durch den Münchener Verwaltungsgerichtshof Donnerstagabend, den 2.7. in zweiter Instanz bestätigt. Auf Grund der kurzfristigen Absage war es nicht möglich, einen alternativen zentralen Veranstaltungsort zu finden. Nur dem Engagement der evangelischen Kirche ist es zu verdanken, daß zumindest ein dezentraler Informationsaustausch mit den aus aller Welt angereisten internationalen ReferentInnen überhaupt noch stattfinden konnte. Jedoch entschieden sich einige ReferentInnen klar dagegen, ihre Beiträge in kirchlichen Räumen zu diskutieren.

Da die kirchlichen Räume auf das gesamte Stadtgebiet verteilt waren, entstand bei den BesucherInnen Verwirrung, wo die einzelnen Veranstaltungen stattfinden. Dies führte dazu, daß ein gemeinsamer politischer Austausch zwischen ReferentInnen und BesucherInnen nicht möglich war. Damit waren die Bedingungen für einen Kongreß nicht mehr gegeben, denn dezentrale Veranstaltungen sind kein Ersatz für eine zentrale Kongreßstruktur.

In diesem Zusammenhang möchten wir die politisch Verantwortlichen daran erinnern, daß Bayern Bestandteil der BRD ist,

in der, ihrem eigenen Verständnis nach, eine “freiheitlich demokratische Grundordnung” gilt - offensichtlich endet diese an den bayrischen Landesgrenzen. Doch eine Demokratie steht und fällt mit der Fähigkeit, Kritik zu akzeptieren. Daher ist es eine Herausforderung für die liberalen Kräfte in Bayern, “BRD-übliche demokratische Minimalstandards” durchzusetzen.

Das TrägerInnenkreisbündnis hat das Verbot des Gegenkongresses zu schnell akzeptiert. Gemeinsame Absprachen wurden nicht eingehalten. Das dezentrale Angebot der Kirche wurde angenommen, ohne gemeinsam eine andere zentrale Lösung überhaupt diskutiert zu haben. So wurde zum Beispiel die Demo von der Uni zur Lukaskirche von Teilen des TrägerInnenkreises angemeldet, während noch die Diskussion über das Verhalten in dieser Situation lief und ohne den Rest des TrägerInnenkreises zu informieren. Das Schlafplatzproblem wurde nicht einmal angesprochen. Ein derartiges Vorgehen zerstört jegliches Vertrauen. Eine gemeinsame Arbeit ist unter diesen Umständen nicht möglich, und erschwert etwaige zukünftige Bündnisse.

DER KONGRESS HAT DE FACTO NICHT STATTGEFUNDEN!

Das Städtereffen der linksradikalen Gruppen

Fortsetzung von Seite 2

sondern als eine anonyme, verschiebbare Masse behandelt zu werden. In den anschließenden, zum Teil kontroversiellen Redebeiträgen wurden verschiedene Meinungen betreffend der "Uni-Nutzung" deutlich - wobei die Pro's allerdings recht spärlich ausfielen. Die ehemalige Vor-



standssprecherin der Grünen, J. Dittfurth war als eine der wenigen für das Rein-

gehen in die Uni. Für gut die Hälfte der Versammelten war es schier unmöglich auch nur rein akkustisch den Ausführungen der RednerInnen zu folgen, da die Lautsprecheranlage zu schwach war. Auffallend war überdies die Platzierung der RednerInnenbühne quasi als Barriere vor dem Uni-Eingang. Bei der folgenden Abstimmung war eine deutliche Mehrheit für ein Reingehen in die Uni, was zu diesem Zeitpunkt möglich gewesen wäre, da die Uni offen war, d.h. es wäre nicht einmal Hausfriedensbruch gewesen. Das TrägerInnenkreisbündnis hatte es jedoch geschafft, das Chaos auf dem Platz für ihre Zwecke zu nutzen, und Teile der ReferentInnen aus dem Ausland, die die Position des Abwiegeln unterstützten, zu instrumentalisieren. Die Unentschlossenheit der Leute auf dem Platz war zum Teil auch auf ein Nichtvorhandensein von Informationsstrukturen zurückzuführen. "und so kam es wie es kommen mußte — da sich ein Teil von autonomen Strukturen

nach dem eigentlich absehbaren Uni-Verbot zwar an diesem Punkt wohl eine politische Konfrontation wünschten, sich jedoch zuvor organisatorisch nicht darauf vorbereitet hatten, verquirlte sich ihre Unentschlossenheit mit der Angst der Reformisten zu einer lausigen Spontandemo in Richtung einer evangelischen Kirche" (Zitat: Kuddel Dohebwiusdatautonom). Diese Demo war offensichtlich angemeldet - von wegen Spontandemo - was jedoch die Bullen jedoch nicht davon abhielt Spalier zu gehen und diesen Einsatz als Generalprobe für die samstäglige Großdemo zu nützen.

Damit war der Gegengipfel de facto gestorben. Die zentralen Aktivitäten in den diversen Kirchen konnten den Anspruch einer gemeinsamen, solidarischen Diskussion, eines Kennenlernens und Austausches von Erfahrungen der verschiedenen Menschen nicht gerecht werden (siehe Erklärung des Städtetreffens der linksradikalen Gruppen). Da es auch keinen zentralen Schlafplatz gab, blieben die angereisten TeilnehmerInnen größtenteils unter sich, d.h. in der Gruppe in der sie gekommen waren bzw. mit Leuten, die sie sowieso schon kannten. Die Ereignisse

auf dem Platz vor der Uni waren signifikant für die derzeitige Schwäche der radikalen Linken und die Problematik solcher breiter Bündnisse. Einen großen Teil der Verantwortung dafür, daß der Gegengipfel nicht wie geplant ablief, ist eindeutig den Grünen anzulasten. Diese haben einmal mehr bewiesen, was sie unter "Realpolitik" verstehen (siehe Kasten Grüne).

Leute, die in der Lukaskirche gegen den Veranstaltungsort Kirche auftraten bzw. die Problematik der Geschehnisse auf dem Platz vor der Uni thematisieren wollten, wurden am Sprechen gehindert.

Zum Verhalten der Grünen

Nachdem die Grünen anfänglich in die Vorbereitungen zum Gegenkongreß eingebunden waren, was für den Kongreß von Bedeutung gewesen wäre (finanziell! - nicht personell), machten der Grüne Bundesvorstand und Landesvorstand von Bayern plötzlich Reklame für einen eigenen Gegengipfel. TOES - the other economic summit, TOES - soll wieder werden, was es nur zu oft auch schon mal war, eine eher medienorientierte Veranstaltung mit ein paar prominenten Gegenpersönlichkeiten zu den Gipfelpersönlichkeiten. Hierfür mieteten die Grünen das City-Kino mit 300 Plätzen.

Bereits ab 22. April waren Pläne des Grünen Bundesvorstandes bekanntgegeben worden, das bislang vom Anti-WWG-Bündnis getragene Gegenkongreßprogramm radikal zusammenzuzustreichen. "Wir legen hiermit eine Kongreßplanung vor, die sich an den politischen und finanziellen Realitäten orientiert". "Gesamtsumme 65.700.- DM, mehr Geld steht in keinem Fall zur Verfügung".

Die Grüne Bauchlandung mit dem WWG-Gegenkongreß war also offenbar selbstgewollt, und wohl inszeniert. Im Klartext zeigt sie aber auch, daß ein Abschied von ehemals "relevanten Gruppen", nämlich der Basis im entwicklungspolitischen Bereich, wie sie sich etwa im BuKo (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen) und sicher auch im TrägerInnenkreis für einen Gegenkongreß organisiert hat, durchaus in kauf genommen wird.

Auszug aus einer Erklärung der Roten Armee Fraktion zum Gegengipfel:

WIR GRÜßEN ALLE TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER DER DEMONSTRATION UND DES INTERNATIONALEN KONGRESSSES GEGEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL IN MÜNCHEN

wir freuen uns, daß ihr zu dieser demonstration und dem kongress zusammenkommt, trotz der massiven versuche von stoibers bullentruppen und der medienhetze, eure organisierung und vorbereitung niederzuknüppeln und zu zerschlagen.

wir leben heute in einer zeit, in der wir alle mit den katastrophalen folgen der globalisierung der herrschaft des kapitalistischen marktes konfrontiert sind. deshalb finden wir es wichtig, daß alle, die weltweit auf der suche nach wegen sind, wie menschenwürdiges leben durchgesetzt werden kann, die diskussion international führen und über die grenzen und kontinente hinweg organisieren.

trotz der unterschiedlichen entwicklung der kämpfe und der bedingungen ist es eine gemeinsame suche danach, wie wir gegen die weltbeherrschungspolitik der G7 staaten, die die macht des kapitalsystems über die menschen

und die natur als endgültig zementieren will, für das leben der menschen dringende lösungen durchsetzen können.

wir finden wichtig, daß ihr den 500 jahre feiern der imperialistischen herrschaft mit diesem kongress, der demonstration und den aktionstagen die andere seite entgegensetzt, nämlich die tatsache, daß auf unserer seite - auf der seite der unterdrückten - die geschichte und das bewußtsein der kämpfe leben. solange dieses imperialistische system existiert, das den wert von menschenleben und natur nach ihrer verwertbarkeit für's kapital bemißt, den kampf für die befreiung von den verinnerlichten werten des systems, gegen rassismus und sexistische unterdrückung wird es geben, bis überall werte und strukturen existieren, die von der würde aller menschen ausgehen.

mit diesem kongress habt ihr die möglichkeit geschaffen, erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen, zu gemeinsamen einschätzungen zu kommen und daraus die erarbeitung gemeinsamer strategien anfangen zu können.

in der heutigen situation sehen wir es als unbedingt wichtig an, sowohl was den kampf

hier bei uns betrifft wie auch im internationalen, daß es eine verständigung über gemeinsame konkrete ziele und forderungen geben muß, wir müssen vorstellungen herausfinden, mit welchen schritten wir den herrschenden die bestimmung über mensch und natur entreißen können und - ob in münchen, rio, los angeles oder maputo, ob in palästina oder kurdistan die globale katastrophale entwicklung umzudrehen.

ein aneignungsprozess von unten wird in konkreten kämpfen und forderungen laufen, in denen wir den herrschenden abringen, was menschen zum leben brauchen. das wird zum beispiel vom kampf um lebens- und wohnraum, gegen zerstörerische und sinnentleerte arbeit, gegen umweltvernichtung, den gefangenenkämpfen, der organisierung von schutz der flüchtlinge und antifaschistische mobilisierung bis zu der forderung nach schuldenstreichung oder reperationszahlungen der imperialistischen staaten an die kolonisierten völker reichen.

29.6.92

rote armee fraktion

Anti-WWG-Demo

München, 04. Juli 1992

Samstag, 4.7.1992

Treffpunkt 13 Uhr am Marienplatz zur Großdemonstration. Ca. 21 Leute wurden schon bei den Vorkontrollen, die auf den Zufahrtsstraßen nach München und rund um den Marienplatz stattfanden, verhaftet. Bei regnerischen Wetterverhältnissen fand eine Kundgebung mit zahlreichen RednerInnen und Bands statt. Es sprachen u.a. die Red Gang aus Dänemark, eine Genossin von der FMLN aus El Salvador, ein Theologe, Grüne, ...Leonard Peltier-Defens-Komitee (?), Vertreterinnen von Frauen- u. Lesbengruppen, ein Vertreter von der PKK (?),.....Ca. 15.000 Menschen fanden sich auf dem Platz ein, die Stimmung war sehr gut, die provokative Präsenz der Bullen, die ständig durch die Menschenmenge schlich, erregte allerdings einigen Unmut. Seitentranspis wurden verboten, die ursprüngliche Demo-Route ebenfalls.



Mit dem Rücken zur Wand und mit einer Meinung, die in zwei Worte zu fassen ist, erwartet dieser Bürger den Angriff der Polizei. Gleich wird man gegen seine Belina treten und die Schilder wegnehmen.

Nach 1-2 Stunden auf dem Platz formierten sich die einzelnen Demonstrationsblöcke und nach einigem chaotischen Hin- und Her bewegte sich die Demo im Schnecken-tempo vom Platz - Ziel war der Odeonsplatz. Schon in der ersten 1/4 Stunde kam es zu Auseinandersetzungen - die Bullen versuchten den Frauen- und Lesbenblock von den anderen DemonstrationsteilnehmerInnen abzutrennen, beschlagnahmten Seitentransparente.

Die Stimmung auf der Demo war gut, doch aufgrund der massiven Bullenpräsenz und der Vorkontrollen war es maximal möglich den Schaden zu begrenzen, wenn das USK wieder einmal in die Demo reinging, doch bis zum Schluß gelang es größtenteils in Ketten zu gehen. Trotzdem pas-

sierte es immer wieder, daß bestimmte Leute aus der Demo rausgegriffen wurden - insgesamt wurden ca. 50 Leute verhaftet, wobei sich das USK Unterstützendes Sonderkommando (siehe Kasten) besonders eifrig hervortat. Schon heute wurde offensichtlich, wie willkürlich, ohne irgendeinem Befehl, der USK handeln konnte. Obwohl es von der Polizeieinsatzleitung bereits geheißen hat, die Helme abzunehmen und sich von der abschließenden Kundgebung zurückzuziehen, versuchte das USK weiter am Rand der Kundgebung TeilnehmerInnen zu provozieren, verprügeln oder festzunehmen.

Störenderweise befanden sich auch Mitglieder der Gruppe RIM (Revolutionäre Internationalistische Bewegung) in der Demo, die mit eigenem Lautsprecherwagen und Mega ihre Sympathien für Stalin u. ä. bekundeten. (Siehe Kasten)

Nach einem ermüdenden langen Marsch von über 3 Stunden kam der Demozug am Odeonsplatz an. Bei der Abschlußkundgebung wurde eine US-Fahne vom Fahnenmast geholt, wobei es den Bullen nicht gelang die Übeltäter ausfindig zu machen.

Betrifft: RIM

Die RIM ist eine klassische ML Partei, die hierarchisch geführt wird. Es gibt Chefs, die das Sagen haben und Fußvolk das mitläuft. Die RIM bezeichnet sich selbst als maoistisch und teilt die Kritik Maos an Stalin (Verfehlungen in Bevölkerungspolitik u. a. m.), bezieht sich aber dennoch auch positiv auf Stalin, ("Genosse Stalin der trotz schwerwiegender Fehler ein Teil des Erbes der Revolution bildet"). Demzufolge haben sie auch auf ihren Transparenten vor allem Mao Bilder, daneben aber auch Marx, Engels Lenin, Stalin, die auch auf dem Titelblatt der RIM Gründungserklärung abgebildet sind. Weitere Köpfe, die die RIM zeigt sind Gonzalo, der Führer der Kommunistischen Partei Perus - Sendero Luminoso.

Zu der RIM (Revolutionäre Internationalistische Bewegung) gehören weltweit 15-20 Parteien und Gruppen. Eine Art Stalinistische Internationale.

Wir hier in Ö., haben mit der RIM glücklicherweise keine Erfahrung. Tatsache ist jedenfalls, daß es bereits des öfteren zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam, weil diese TypInnen, nicht bereit waren sich an Plenumsbeschlüsse zu halten. So haben sie einen Lauti, auf der diesjährigen 1. Mai Demo (Berlin) mit Messern, abgebrochenen Flaschen und Eisenstangen gegen die Leute die die Demo vorbereitet haben "verteidigt" - und dabei die Gefährdung von Menschenleben in Kauf genommen.

GAUWEILERS BÜTTEL: USK

Überall dort, wo wir massiven Widerstand leisten (IWF 88, WUNSIEDEL, PAS-SAU, MÜNCHEN) aber vor allem in Bayern ist auch das USK zu finden. In ihren grünen oder beinahe schwarzen Uniformen und martialischen Auftreten, ließen sie einen sofort die traumatischen Bilder des unterdrückten Chile durch den Kopf gehen. Sie heißen Unterstützungs-Sonderkommando und verdanken ihr Entstehen ähnlichen Hintergedanken, wie die Westberliner EbLT-Einheiten.

Die Gründung dieser Truppe geht auf das besonders nachdrückliche Betreiben des einschlägig bekannten Dr. Peter Gauweiler zurück. In den Tagen nach den Frankfurter Startbahnschüssen wurde eiligst, zusammen mit den Stimmen der SPD, die Einsetzung dieser Truppe durch den bayerischen Landtag gejagt, deren Hauptaufgabe die "Durchführung beweiskräftiger Festnahmen an den Brennpunkten unfriedlicher Ansammlungen und Zusammenrottungen" liegen soll. Nicht nur so

wirken, sondern darüberhinaus genauso aggressiv zuschlagen, "hautnah an den Störer heranzufahren, herauspringen und in den Störerbereich hineinmarschieren", sind die Idealvorstellungen der Schreibtischzeiger dieses

Kommandos. Aus Beständen polizeieigener Jungbullen (Mindestalter 22 Jahre) wurden über 600 Männer (1988) und jetzt auch Frauen angeblich freiwillig rekrutiert. In der ominösen Spezialausbildung spielte bezeichnenderweise die Unterrichtung des zentralen psychologischen Dienstes der Polizei eher die zweite Flöte. Disziplin und Körperkraft fürs Daraufhauen bilden anschaulicherweise die wesentlichen Ein-

stellungskriterien. Da stehen sie nun in München: die P1-Gruppe, grün-schwarz behelmt, mit Heimatsitz in Passau; Die P2-Gruppe, mit weißen Helmen (zeitweise getarnt mit duschhaubenähnlichen Tarnkappen) aus München - ständig begleitet mit ihren schußsicheren Westen, schwerer Bewaffnung und modernster Überwachungs-ausrüstung (eigene Videotrups, Richtmikrophone etc.).

Die Eröffnung der Aktionstage und des Gipfels

Schon zeitig am Vormittag sickerten aus allen Richtungen "Linksradikale" durch die zahlreichen Polizeisperren in Richtung Residenz, wo die Begrüßung der Staatsgäste Kohls unbeschwert und bejubelt vor sich gehen sollte. Aber denkste!

(einige GipfelstürmerInnen)

Am Montag den 6.7. mischten sich ca. 200 Anti-WWG AktivistInnen unter das spärlich jubelnde Volk (5 bis 10 echt nicht mehr). Mit Trillerpfeifen und Sprechchören machten sie der bayrischen Trachtenkapelle Konkurrenz. Leider begann die Aktion zu früh (vor Ankunft der Staatsgäste) denn die Polizei konnte die AktivistInnen so rasch erkennen und abdrängen. Dabei wurden die ersten Personen durch Polizisten verletzt. AktivistInnen mit Trillerpfeifen wurden speziell herausgegriffen. Die abgedrängten Personen wurden zu einem nahe liegenden Platz geschleust, wo sich bereits Personen, die nicht durch die Polizeisperren gelassen wurden, befanden. So sammelten sich hier an die 500 Leute. Hier wurde weiter kräftig zusammen geläut. Gute Stimmung machte sich breit als bekannt wurde, daß nicht alle Anti-WWGlerInnen von der Tribüne getrieben werden konnten. Ältere und gut Gekleidete konnten sich bis zum Schluß der Begrüßungszeremonie Gehör verschaffen. So wurde eine nach der anderen eintreffende "wichtige" Staatsperson "begrüßt".

Erst nach einiger Zeit wurde uns klar, daß sich um uns herum ein Kessel von USKlern bildete. Panik, nicht wissen wohin, dann doch übereinstimmend als es eh nicht mehr anders möglich war: "Wir lassen uns nicht rumschieben und unserer Rechte berauben!" Die Polizei begann einige Personen brutalst herauszugreifen. Mit Sprechchören wurde freier Abzug gefordert. 5 bis 6 Stunden später waren die letzten Leute aus dem Kessel herausgegriffen. Viele Personen

wurden dabei verletzt, zum Teil schwer. Eine spezielle Art Personen abzuführen war der Armbeugegriff, bei dem vor allem Frauen die Handgelenke schwer verletzt wurden. Die meisten wurden zusammen in ein Gefängnis gebracht, manche mußten bis zu

lungausschuß aus Wien!!!!

Der Gerichtsentscheid

Begründet wurde die Massenfestnahme und der Kessel mit "Nötigung zum Abbruch des Staatsaktes". Montag abend stell-



Der "Montagskessel"

ihrer Enthftung, gegen Mitternacht, in Polizeibussen bleiben. Alle wurden auf Anweisung eines Amtrichters gegen Mitternacht in kleineren Gruppen freigelassen.

Im Häfn

Die meisten waren im Gefängnis in großen Gruppen untergebracht. In den Zellen konnten sich die Leute gegenseitig Mut machen, verarzten und trösten. Hauptsächlich aus einer Zelle mit 33 Frauen wurde die ganze Zeit unerhört gute Stimmung vernommen, mit Sprechchören und Singen

wurde die Stimmung im Häfn bestimmt. Einige Personen kamen in Einzelhaft, darunter eine Frau mit einer Gehirnerschütterung der ärztliche Hilfe verweigert würde (wie auch einigen anderen). Uns ist leider nur sehr wenig über Häfnschicksale bekannt, die angeführten sind nur selbst wahrgenommene Beispiele.

Hier an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an den Ermitt-

te der zuständige Richter Puszkajler fest, daß "entgegen der Auffassung der Polizei dieses Verhalten der Störer keine strafrechtlichen Normen (erfüllt)". Und weiter: "Lärm ist sicher keine Gewalt im Sinne des Strafgesetzbuch. (...) Kritik in der Öffentlichkeit gehört zum Grundbestand der Meinungsäußerung in einer Demokratie, im Gegensatz zum befohlenen Jubel der Massenaufzüge vergangener Zeiten. (...) Gewalttätigkeiten, die aus der Menge begangen wurden, waren nicht feststellbar." Der Richter verweigerte aus diesen und anderen Gründen die Festnahme von an die 500 Personen bis nach Gipfelende. Er schließt schließlich mit: "Die Nichtbefolgung polizeilicher Anweisungen schließlich gehört zu den vorhersehbaren Problemen von Massenansammlungen. Zwischenfälle hierbei können eine Ingewahrsamnahme (als Strafe) nicht nach sich ziehen."

Einhellig wurde der Polizeieinsatz von den in- und ausländischen Medien und der bayrischen Opposition verurteilt. Politische Hintergründe wurden dabei wohlweislich herausgelassen.

Die Verhafteten versuchen nun gemeinsam eine gerichtliche Verurteilung des Kessels zu erreichen.

Allen Sanis, VolxkuchengehilfInnen, RechtsanwältInnen und ALLEN, ALLEN anderen recht liebe Grüße und einen großen Dankeschönschmatz!

folgende Anschlagserklärung ist bei uns eingelangt:

gemeinsam gegen den weltwirtschaftsgipfel 1992!

wir haben in der nacht vom 2. 7. auf 3. 7. das schloß von american express verklebt und die demo gegen den wwg unter zuhilfenahme von spraydosen mit den parolen "blick nach vorn im zorn! gegen den wwg! 4. 7. 92 münchen!" angekündigt. dazu hat uns die fassade von american express vortrefflich gedient.

american express steht hier in österreich für den "american way of life"; also für 500 jahre kolonialismus bzw. 500 jahre imperialismus/kapitalismus. als hintergrund dient uns der wwg in münchen wo amerika neben deutschland die größte macht darstellt. unsere aktion richtet sich gegen den wwg und seine ziele, sprich: die stabilisierung der ausbeutung der trikontländer und die erschließung, aufteilung und ausbeutung der zusammengebrochenen realsozialistischen länder!

feuer und flamme für den wwg!
gemeinsam gegen die neue weltordnung!
für ein herrschaftsfreies leben ohne angst!

autonome militante zellen

Solidemo für die Gefangenen

Dienstag 7.7.

Am Dienstag 7.7. fand am Vormittag eine Solidaritätsdemonstration für politische Gefangene - weltweit - statt. Nach einem Infostand am Karlsplatz führte die Demo zum Platz der Opfer des Nationalsozialismus und dann zum Konsulat der USA. In Redebeiträge wurde auf die Haftsituation

Sammellagern (in Zukunft 500 Menschen Mindestkapazität), Sammelverpflegung, Sozialleistungskürzungen, Anwesenheitspflicht, LagerrichterInnen, Schnellgerichten, Lagerpolizei und Zwangsdeportationen werden die Schikanen bewußt auf die Spitze getrieben.

Am Abend fand im Zunfthaus eine öffentliche Veranstaltung gegen Rassismus statt. Beiträge:

weltweite Fluchtursachen - Rolle der BRD Waffen für das türkische Regime - gegen Kurden

Abschiebepaxis des Münchner Kreisverwaltungsreferates

Gewerkschafter gegen Kronawitter (Münchner Oberbürgermeister, SPD)

BRD bricht Flüchtlingskonvention. "Grenzen auf" für bosnische Flüchtlinge - Bericht der Asylkoordination Österreich.

das neue Asylverfahrensgesetz: Zwangslager - Schnellgerichte - Abschiebung!

Polizeiterror gegen AntifaschistInnen. Bericht aus Mannheim und München.



politischer Gefangener eingegangen. Spezielle Redebeiträge beschäftigten sich unter anderem mit dem in einer US-Todeszelle einsitzenden Mumia Abu Jamal (ehemaliges Mitglied der Black Panther Party und Journalist, soll angeblich einen Polizisten ermordet haben) und dem RAF-Gefangenen Bernd Rössner (sitzt seit 17 Jahren, seit ca. 10 Jahren schwer krank).

An der sehr stimmungsvollen Demo nahmen ca. 1000 Menschen teil. Zentrale Parole: **FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN - WELTWEIT.**

Für Dienstag 7.7. rief das Münchner Bündnis gegen Rassismus zum **AKTIONSTAG GEGEN RASSISMUS** auf. Seit 1. Juli 1992 ist in Deutschland das neue Asylverfahrensgesetz in kraft. Asylsuchende werden seit diesem Datum in KZ-ähnliche Zwangslager gesteckt. Mit Hilfe von Schnellgerichten in den Lagern soll die Mehrheit von ihnen innerhalb von sechs Wochen wieder abgeschoben werden. Das Recht auf Asyl steht praktisch nur noch auf dem Papier (siehe auch Asylgesetz in Österreich). Die Staatsorgane der BRD schieben Flüchtlinge auch in Folterstaaten wie z.B. Türkei oder Iran ab. Vom Staat werden die Aufgaben in Zusammenhang mit dem Asylrecht und der Aufnahme von Flüchtlingen zur Organisierung von Rassismus mißbraucht. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen werden die Probleme von seiten des deutschen Staates bewußt eskaliert. Mit

Um 16 Uhr fand eine Protestaktion und Kundgebung vor dem Kreisverwaltungsreferat statt. Anschließend führte eine Demonstration - Zug gegen Rassismus - mit Zwischenkundgebung vor einem Fascho-Lokal zum Odeonsplatz (Platz vor der Residenz - dem Tagungsort der G7). Ungefähr 2000 Menschen nahmen an der Demo teil.



Um 19 Uhr führte eine von Grünen organisierte Demonstration gegen das brutale Vorgehen der Polizei bei den Protesten gegen die G7 vom Marienplatz zum Odeonsplatz, wo auch der Anti-Rassismus-Zug endete.

Als dort ein junger Mann die EG-Fahne vom Mast entfernen wollte, wurde er trotz Befreiungsversuchen verhaftet. Später gab es wiederum Aufregung mit diesen USK-

Typen. Als einige Bonzenwagen die Residenz verließen, wollten einige Leute sich die in den schwarzen Limousinen befindlichen Personen mal aus der Nähe ansehen. Das benutzte die USK-Einheit zu einem

aggressiven Abdrängungs-Manöver. Nur der Besonnenheit der DemonstrantInnen ist es zu verdanken, daß es zu keinem größeren Wicel kam.

Später am Abend fand dann noch ein Anti-WWG-Soli-Konzert statt.

Anschlagserklärung Nummer 2:

Wien am 7.7.92

Wir sind verantwortlich für den Brandanschlag auf die Mercedes-Niederlassung in Wien 10. Unsere Aktion ist ein Beitrag zu den Anti-Weltwirtschaftsgipfel Aktionen in München. Von 6.7.92 bis 8.7.92 findet in München der Gipfel der 7 größten kapitalistischen Nationen statt. Sie sind verantwortlich für das Leid von Millionen Menschen in aller Welt. Durch ihre Politik verhungert jede zwei Sekunden ein Kind. Sie sind für den Mord in Kurdistan, in El Salvador, in Südafrika mitverantwortlich.

Daimler-Benz ist der größte Deutsche Multi. Er hat seine Drecksfinger überall mit im Spiel. Seine Panzer morden in aller Welt mit. Daimler-Benz ist eine der tragenden Säulen der BRD. Die Daimler-Karosserien stehen für "Freiheit, Wohlstand und Reichtum". Unsere Realität ist aber eine andere. Wir werden noch immer von den Herrschenden ausgebeutet.

**EAT THE RICH
KAMPF DEM KAPITALISMUS
GRUSZ AN DEN ANTI-WELT-WITSCHAFTSGIPFEL-WIDERSTAND**

Die militanten Feuerspucker

Der Mittwochs-Kessel

Häfndemo

Kurz nach Mittag trafen sich etwa 200 Leute um gemeinsam zum Stadlheimer Gefängnis zu wandern. Ziel war es einem von uns dort einsitzenden Lärm und Power zukommen zu lassen. Dieser war seit Sonntag (5.7.) in Unterbindungsgewahrsam genommen worden. ...Der Unterbindungsge-

2000 TeilnehmerInnen fanden sich in der Nymphenstraße, Ecke Lazarettstraße ein. Unter gewohntem Polizeiaufgebot und -provokationen führte die Demo an der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung vorbei. Über diese Stiftung flossen unter anderem 1986 über 10.Mio. DM aus dem Entwick-

lungshilfeeats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit an das BRD-Projekt zur Ausbildung und Ausrüstung von Polizeikräften in Guatemala. Für die Polizei einer der brutalsten Militärdiktaturen in Lateinamerika. bundesminister Zimmermann (CSU) übernahm die Abwicklung; Daimler, BMW und Siemens lieferten. Ebenfalls 1986 leitete die Hans-Seidel-Stiftung 825.000 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeiten die katholische Universität von Sta. Ana in El Salvador, deren Leiter in Mittelamerika Führungsmittglied der klerikalfaschistischen Organisation OPUS DEI ist...

Weiters führte die Demo an der Deutschen Bank und der Börse vorbei zur Abschlußkundgebung am Stachus. Ein Typ wurde, als er bei der Beschlagnahmung eines Halben Seitentranspis fragte, was das soll festgenommen.



Aufruf

wahrsam soll "potentielle GewalttäterInnen" davon abhalten ihren "Trieben" nachzugehen, in dem sie für bis zu 14 Tagen vorbeugend festgenommen werden können.... Was ihm vorgeworfen wurde (mittlerweile wurde er entlassen) ist uns zur Zeit nicht genau bekannt. Für 20 Minuten gelang es total gute Stimmung rüberzubringen. Wir konnten sehen wie einige Inhaftierte uns zuwinkten. Danach zogen wir zusammen ab. Es gab bis dahin keinen Ärger mit der Polizei. Etwa 70 Personen wurden dann in einer U-Bahnstation von einer USK-Einheit überfallen und eingekesselt. Als Begründung gaben sie an es gäbe ein Gerücht wonach Leute aus der Demo heraus Steine auf ein vorbeifahrendes Polizeiauto geworfen hätten. Mit Sprüchen wie "soll ich dich runterstoßen, wenn die U-Bahn kommt?" provozierten sie einen Wortwechsel. Aufgrund dessen sie willkürlich begannen eine Frau herauszureissen und Schlagstöcke einsetzten. Von allen wurden die Personalien aufgenommen, die Polizeikamera war schon vorher immer dabei. 5 Personen (2 Deutsche, 3 AusländerInnen) wurden festgenommen, inklusive der Frau, die durch einen Schlag am Kopf verletzt wurde. Die 3 ausländischen Personen wurden erst am nächsten Tag freigelassen, der verletzten Frau (schwere Gehirnerschütterung) wurde ärztliche Hilfe verweigert.

Für anfallende Prozeß-, Anwalts- und Arztrechnungen bitten wir um möglichst zahlreiche Spenden aufs

**TATblatt-Konto: PSK 7547 212
Kennwort (!!Nicht vergessen!!): München 92**



Die Abschlußdemo

fand dann am Mittwoch um 16h statt. Ca.

“...Gewährleistung einer wirkungsvollen Ausländerpolitik” Ein kurzer Blick ins “Aufenthaltsgesetz”

“Grundsätzlich muß klar sein, daß sich das Aufenthaltsrecht in Österreich nicht primär an den Bedürfnissen der Niederlassungswilligen orientiert, sondern nach den Bedürfnissen der österreichischen Gesellschaft auszurichten hat” (Regierungsvorlage). Und die angesprochenen Bedürfnisse der “österreichischen Gesellschaft” wird der Nationalrat aller Wahrscheinlichkeit nach am 9. Juli beschließen.

(TATblatt Wien)

Vorweg die Frage: Wer ist eigentlich die österreichische Gesellschaft? Nunja... Gemäß §2 Abs.4 des Aufenthaltsgesetzes sind neben der Meinung der Regierung (insb. Innen, Sozial-, Wirtschafts- und Unterrichtsministerium) auch noch gefragt die der

- Bundeswirtschafts-, Arbeiter- und Landwirtschaftskammer
- des Gemeinde- und des Städtebundes
- des Gewerkschaftsbundes
- der Industriellenvereinigung und
- des Wirtschaftsforschungsinstitutes.

Neben der österreichischen Gesellschaft ist in gewisser Weise auch auf das Volk, nämlich “auf die allgemeine innerstaatliche demographische Entwicklung” bedacht zu nehmen (§2 Abs.1).

Aber alles schön der Reihe nach.....

§1

Das Aufenthaltsgesetz soll für Menschen ohne österreichische Staatsangehörigkeit gelten, soweit sie länger als ein halbes Jahr oder zwecks Hackelns in Österreich aufhalten. Nicht betroffen sind

- DiplomatInnen
- Menschen, die in Österreich arbeiten, aber woanders wohnen
- JournalistInnen
- KünstlerInnen
- anerkannte Flüchtlinge gemäß Genfer Flüchtlingskonvention
- und “natürlich” Staatsangehörige der EFTA-, zu EWR-Zeiten auch der EG-Länder.

Nicht betroffen sind Touris (gegen die sollten wir uns abschotten!), denn die kommen entweder ohnehin aus “sauberen und ordentlichen” Industriestaaten, oder sie haben Geld (sind also auch “sauber und ordentlich”), oder sie kommen gar nicht, weil sie keine Visa bekommen (Türkei,...).

§2

...verpflichtet die Regierung zur jährlichen Festlegung einer Zahl im Höchstfall zu vergebender Aufenthaltsbewilligungen (per Verordnung). Sie hat sich dabei von der Entwicklung des Arbeits- und Wohnungsmarktes sowie des Schul- und Gesundheitswesens und noch einigem anderen inspirieren zu lassen; und natürlich auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu achten. Die Zahl der anerkannten Flüchtlinge des Vorjahres so-

wie die etwaiger nachgekommener Familienmitglieder muß von der Höchstzahl abgezogen werden. Den Bundesländern werden bestimmte “Ausländermengen” zugeteilt.

In der Verordnung können “entsprechend den Erfordernissen der österreichischen Wirtschaft” Voraussetzungen festgelegt werden, unter denen Menschen nach Österreich dürfen. Es können etwa Altersgrenzen gesetzt oder bestimmte Berufsqualifikationen verlangt werden.

Diese Bestimmung ist aller Wahrscheinlichkeit nach verfassungswidrig, da sie dem “Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung” widerspricht, das in Österreich im Verfassungsrang steht. Dort ist die Gleichheit aller AusländerInnen festgelegt.

§3

Welche mit einer oder einem ÖsterreicherIn verheiratet ist, darf darauf hoffen, auch nach Österreich zu dürfen. Für Neuverheiratete gilt allerdings eine Wartezeit von einem Jahr.

Menschen mit Familie können ihren Ehegatten oder seine Gattin sowie minderjährige Kinder erst nach zwei Jahren des Aufenthalts in Österreich nachkommen lassen. Es sieht fast so aus, als hätte die Regierung ein Interesse an Zerstörung sozialer Strukturen. Die Botschaft lautet doch: Bist du AusländerIn, dann komme jung und unverheiratet nach Österreich. Bist du ÖsterreicherIn, dann heirate gefälligst eineN ÖsterreicherIn (gegebenenfalls eineN DiplomatIn oder eineN EWR BürgerIn).

§4

Erstmalige Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung können nur im Ausland gestellt werden, Verlängerungen werden in Österreich bearbeitet. Die Bewilligungen werden vorerst nur befristet ausgegeben und können nach fünf Jahren in unbefristete umgewandelt werden. Die vom Gesetz betroffenen Menschen werden fünf Jahre lang zu DauerbittstellerInnen gemacht.

§5

Die gewünschte Bewilligung wird dem oder der AntragstellerIn nur gewährt, wenn das Arbeitsamt zustimmt. Die Behörde legt nach Rückfrage beim Arbeitsamt fest, in

welchen Bereichen “bewilligte AusländerInnen” arbeiten bzw Arbeit suchen dürfen. Diese Bereiche werden in der Bewilligung festgehalten!

§6

Über den eingebrachten Antrag entscheidet der Landeshauptmann, bzw. die Bezirkshauptmannschaft. Welche einen Antrag stellen, dürfen in ihrem Heimatland von den österreichischen Behörden bespitzelt werden. Diese Bestimmung steht im Verfassungsrang.

§7

Wenn Österreichs Wirtschaft wieder einmal auf die Schnelle Billigstarbeitskräfte haben will, darf der Sozialminister per Verordnung die bewilligten Bewilligungen eines bestimmten Gebietes oder Wirtschaftsgebietes erhöhen. Solche Verordnungen können bis zu 6 Monaten gelten, danach müssen die Arbeitskräfte (nicht Menschen!) wieder verschwinden. Sie dürfen allerdings im Inland einen Einwanderungsantrag stellen. Daß diesem stattgegeben wird, dürfen sie aber nicht hoffen. Die Regelung wurde vor allem im Hinblick auf den Fremdenverkehr und das Baugewerbe getroffen, und die BauarbeiterInnen des Sommers werden im Winter wohl nicht gebraucht. Und es ist auch nicht zu erwarten, daß KüchengeliffInnen eine geforderte “besondere Qualifikation” glaubhaft machen werden können, die ihnen eine Chance auf einen längeren Aufenthalt bieten würde.

§8

Welche ihren Arbeitsplatz oder ihre Wohnung verlieren, verlieren damit auch ihr Aufenthaltsrecht in Österreich. Gilt auch für Familienangehörige, aber leider nicht für österreichische Politiker.

§9

Das Innenministerium hat eine Computerdatei aller in Österreich aufhältiger AusländerInnen anzulegen. Die Datei wird ohne Namen angelegt. Sie dient dazu, die erteilten Bewilligungen zu zählen und nach Erreichen der Höchstgrenze die Ausgabe weiterer Bewilligungen zu verunmöglichen. Das mit der Anonymität ist reinster Humbug: In der Datei werden Geschlecht, Alter, Beruf und Staatsangehörigkeit der AusländerInnen gespeichert. Mit diesen Informationen und dem Melderegister, ebenfalls im Bereich des Innenministeriums angesiedelt, ist die Identifikation eine Sache von Sekunden.

Erster Prozeß gegen Unterzeichnerin des "Nichtbefolungs-Aufrufs"

Als erste Unterzeichnerin des Aufrufs zur Nichtbefolgung der Militärgesetze zerrt Staatsanwalt Werner Olscher die Mitarbeiterin der Zeitschrift "Akin" Renate S. vor den Richter. Am 12. August 1992 wird um 11 Uhr 30 im Saal 9 der Landesgerichts für Strafsachen Wien über sie zu Gericht gesessen werden.

(TATblatt Wien)

Renate S. ist geständig! "Ich habe entschieden, daß die Selbstanzeige und der Aufruf in der AKIN 3/91 veröffentlicht wird. Ich wollte damit bezwecken, daß die Wehrgesetze nicht befolgt werden. So wollte ich z.B., daß ein Soldat die Waffe nicht annimmt oder Befehle verweigert." Ein solch unverfrorenes Geständnis kann unsere Republik nicht dulden!

Renate S. ist allein, und doch nicht.....: Der Aufruf, der am 3. September 1991 in der AZ veröffentlicht wurde, war von 245 Menschen unterschrieben worden. Die Veröffentlichung löste einigen Wirbel aus: Kurt Makritzer sah im Kurier bereits die Demokratie von AnarchistInnen unterhöhlt und forderte strenge Konsequenzen, insbesondere für die Promis unter den UnterzeichnerInnen (Jungk, Petrovic, Pilz, Srb, Turriani,...). Etliche Militaristenverbände erstatteten Anzeige, und schließlich hob der Wiener Landtag die Immunität der Abgeordneten Margulies und Pilz auf.....

Hausdurchsuchung

Auch die Polizei war nicht untätig geblieben: In den Räumlichkeiten der "Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit" in Wien 1, Schotengasse 3A/1/4/59 (Tel.: 535 91 09), in der die "Gruppe für Totalverweigerung" als vermutliche Urheberin des gesetzbrechenden Aufrufs beheimatet sein soll, wurde eine Hausdurchsuchung veranstaltet (die 3. innerhalb eines Jahres). Gesucht wurde nach "Vorstandsprotokollen bzw. Protokollen über abgehaltene Hauptversammlungen, aus denen Rückschlüsse auf die an der Willensbildung zur Unterschriftensammlung und Einschaltung des Aufrufs ersichtlich sind" sowie nach sonstigen "Unterlagen, aus denen sich nähere Hinweise zur Identifizierung der Unterzeichner (...), insbesondere der Adressen ergeben." Die Bemühungen der Staatspolizei, die mit der Hausdurchsuchung betraut wurde, waren nicht von großem Erfolg gekrönt. In den Akten der Vereinspolizei war man aber dennoch fündig geworden: Gleich sechs der zehn Vostandsmitglieder der ARGE hatten den Aufruf unterstützt.....

Versuch: Meldekartei durchstöbern

Dann war das Zentralmeldeamt an der Reihe: Mehrere Beamte des ZMA mußten Seitenweise die Personalien aller möglichen TäterInnen aus den Meldezetteln herausuchen. Folge: Von den etwa 250 Seiten des

gegenständlichen Strafaktes sind über 150 nichts als handschriftliche Auflistungen aller in Wien gemeldeten Personen mit Namen, die im Aufruf als UnterzeichnerInnen angeführt werden!

Wußten Sie vielleicht, daß es Wien drei Peter Pilz gibt?

Und Dank der listigen Umtriebigkeit des Büros für Staatsschutz und der Beamten des Zentralmeldeamtes wird die Nachwelt nun wissen, daß Anfang 1992 in Wien gleich 6 verschiedene Manfred Aigners, 20 verschiedene Roland Bauers und 64 Johann Winters ihr gesetzbrechendes Unwesen trieben. Am schlimmsten aber ist es um die Karin Müllers bestellt: Sie untergraben die Republik allein in Wien bereits 89-fach!!!!!! Trotz 150 Seiten mit Namen will nun Staatschützer Egger "nach umfangreichen Ermittlungen sowie Personenkenntnis des Berichtlegers die linke Szene betreffend" die Namen und Adressen der "richtigen" TäterInnen ermittelt haben. In drei Kategorien geteilt wurden immune PolitikerInnen (Margulies, Petrovic, Pilz und Srb), "einer breiten Öffentlichkeit bekannte Personen" (Floss, Jungk Maron, Teuber, Turriani) und "andere Personen" "ausgeforscht". Die Liste ist 126 recht willkürliche Vermutungen lang.

Die staatspolizeiliche Vernehmung der verantwortlichen MedienherausgeberInnen von AZ, AKIN und TATblatt, in deren Medien die Anzeige erschienen war, verlief recht einheitlich: "Zur Sache selbst mache ich keine Angaben. Ansonsten keine weiteren Angaben."

Versuch: Richterliche Vernehmung

Es folgte also eine gerichtliche Befragung, die den Vernehmenden einiges an Selbstbewusstsein abverlangt haben dürfte. Zumindest eine der Einvernahmen hat den Untersuchungsrichter Engelberger nicht ganz kalt gelassen. Nachdem ein Vorstandsmitglied des TATblatt-Trägervereins die Aussage verweigert hatte, notierte er: "hat sich etwas präpotent benommen, da er nicht einmal bereit war die Vornamen seiner Eltern bekanntzugeben."

Der Mann hat wohl echte Probleme.....!

Das Verfahren

Mit Renate hat das Gericht nun eine einzige Person aus einer Liste von 245 herausgepickt. An ihr soll nun abgecheckt werden, ob mit Verurteilungen gerechnet werden darf, bevor den anderen, mit Eggers "Sachkenntnis" ermittelten Personen, der Prozeß ge-

macht werden soll. Verhandlungsleiter in der spaßigen Angelegenheit ist der Richter Ernest Maurer, dessen im Buch "Im Namen der Republik" veröffentlichte Spruchpraxis ein interessantes Verfahren erwarten läßt. In Maurers Leben kann eine gewisse Signifikanz in der unterschiedlichen Behandlung rechtsextremer bzw. antifaschistischer Angeklagter festgestellt werden. Wir legen Wert auf die Feststellung, daß es in allen diesen Verfahren mit rechten Dingen zugegangen ist, da die Urteile fast immer in zweiter Instanz bestätigt worden waren!

Der Prozeß gegen Renate S. findet am 12. August 1992 um 11 Uhr 30 im Saal 9 (Parterre) des Landesgericht Wien statt Landesgerichtsstraße 11

Die Zahl der BesucherInnen wird ein Licht auf die Solidarität unter den Angehörigen der "linken Szene" werfen.

PS.: Uns ist zu Ohren gekommen, daß bereits an einem neuerlichen Anschlag auf die Demokratie gearbeitet wird. Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen verlautet, daß wieder Unterschriftenlisten mit dem staatsgefährdenden Aufruf in der linken Szene kursieren. Es sollen sich bereits über 180 Menschen bereit erklärt haben, diesen Gesetzesbruch durch Veröffentlichung des Aufrufs gemeinschaftlich und wissentlich zu begehen!

Ganz sicher ist es aber, daß wir vom TATblatt uns nie mehr von gesetzbrechenden Raudis für ihre hinterhältige Destabilisierungspolitik mißbrauchen lassen werden. Daher eine Warnung an unsere LeserInnen: Wer diesen Aufruf unterstützt und/oder mit der für diese Umtriebe verantwortliche "Gruppe für Totalverweigerung" Kontakt aufnimmt, unterstützt eine unter dem Deckmantel des Antimilitarismus agierende staatsfeindliche Aktion. Wenn solche Aktionen Schule machen sollten, dann kommt es vielleicht sogar so weit, daß sich der radikale Widerstand gegen unerwünschte Gesetze (etwa Aufenthaltsgesetz, Asylgesetz, Sicherheitspolizeigesetz) oder gar im Interesse der österreichischen Sicherheit notwendige Aktionen (wie der Einsatz des Bundesheeres gegen Flüchtlinge an Österreichs Grenzen) gegen den Willen der demokratisch gewählten Volksvertretung verhindert werden könnten. SO WEIT DARF ES NICHT KOMMEN! meint ihr

Hans Olscher

Graz: Die HGHGW soll geräumt werden!

(TATblatt Graz)

Die Stadt Graz setzt wieder einmal zum Angriff an. Obwohl der Prozess gegen die Frauen der Tierspitalbesetzung fallengelassen wurde, haben Obdachlose und politisch Aktive momentan einen schweren Stand. Das mit dem Wissen der Besitzer besetzte Haus in der Heinrichstraße wurde in einer Nacht und Nebelaktion geräumt und von Wachdienst und Bullen bewacht. Die Hausgemeinschaft HerrGottWiesgasse hätte am 26.6. ebenso geräumt und, wäre es nach der Gemeinde gegangen, sofort abgerissen werden sollen.

Die HGHGW wurde vor fast einem Jahr gegründet, indem einige Leute in ein fast leerstehendes Haus einzogen. Der einzige legale Mieter war damit einverstanden und

die Stadt wurde informiert. Während die neuen HausbewohnerInnen eine angemessene Miete bei Gericht hinterlegten und Verhandlungen mit verschiedenen Stellen geführt wurden, versuchte der Magistrat, das Haus schnell doch noch leer- oder kaputtzukriegeln. Nächtlicherweise wurden Wohnungen vernagelt, die Wasserleitungen und die Klos von Magistratsbediensteten zerstört, um während des anschließenden Räumungsverfahrens belegen zu können, daß das Haus abbruchreif sei. Da die HausbewohnerInnen aber mehrere Gutachten gerichtlich beidseitig Sachverständiger eingeholt hatten, wurde die Taktik geändert. Jetzt soll das Haus verkauft werden; und dazu sollen alle raus. Natürlich wurden Ersatzwohnungen angeboten: Holzbarak-

ken am Stadtrand. Und weil die Stadt doch ein Herz für Obdachlose hat, soll in der Ungergasse noch eine Schlafstelle für 15 Leute eingerichtet werden. Für einige Millionen Öschis.

Die 16 Leute in der Herrgottwiesgasse würden für einen Bruchteil davon ihr Haus selbst renovieren. Aber die Stadt gibt lieber mehr Geld für Alibiprojekte aus und teilt dafür die Leute, die selbst etwas machen wollen, auf; versucht, die Gruppen zu splitten und den Widerstand zu brechen.

Die für 26.6. angesagte Räumung wurde jetzt für einige Zeit verschoben und neue Verhandlungen sollen geführt werden. Viel Mut, Kraft und Glück dabei vom Tatblatt Graz

Leider: Zensur bei der MIG

Die MIG (Mieter-Interessens-Gemeinschaft) war eigentlich unter den diversen MieterInnenvertretungen unser besonderes Liebling, weil wir das Gefühl hatten, daß sie sich wirklich für die Betroffenen einsetzt. Umso trauriger die Tatsache, daß es jetzt auch in der MIG Maulkorbssperre gibt.

(TATblatt-Wien)

Es war konkret ein Satz, der den MIG-Vorstand dazu bewog, die betreffenden Seiten des bereits fertig gedruckten MIG-Infos einstampfen und — in zensurierter Fassung — neu drucken zu lassen.

Und zwar ging es in dem Artikel mit dem Titel "Verdichtetes Bauen und Wohnen" um das Treffen der Bundesarbeitsgruppe "Wohnen" der Grünen Alternative (16./17. Mai 92). Wir bilden im Faximile einen Teil des Textes ab, angestrichen ist der später herauszensurierte Satz (siehe nebenstehendes Faximile).

In der bereinigten Version heißt es jetzt: "*... Stellenwert hat. Man muß diesem Treffen in Salzburg ...*".

Argumentiert wurde diese Zensur vom Vorstand mit Befürchtungen, die Grünen könnten daraufhin bereits versprochene Fördergelder wieder streichen. Was natürlich nicht gerade sehr für die Kritikfähigkeit der Wiener Grünen spricht.

Doch auch die Förderungspraxis der Grünen mutet seltsam an. Im speziellen Fall MIG wurde bereits im Juli 1990 ein Ansuchen auf Unterstützung an den Bundeskongress der Grünen Alternative gestellt. Im

Schon allein die Gründung dieser Bundesarbeitsgruppe (BAG) vor ungefähr einem Jahr zeigt, daß endlich auch bei den Grünen erkannt wurde, daß das Problem "Wohnen" tatsächlich existiert und dementsprechend auch seinen parteipolitischen Stellenwert hat. Trotzdem darf bei aller prinzipiellen Bereitschaft, sich dieses Problems anzunehmen, nicht übersehen werden, daß die Grünen aufgrund ihrer sehr engen Verbindungen zu einem durchaus nicht zimperlichen Wiener Immobilienspekulanten kaum in der Lage sein werden, glaubwürdige und umsetzbare Initiativen im Kampf gegen die wachsende Wohnungsnot setzen zu können. Gerade deshalb muß man diesem Treffen in Salzburg zugute halten, daß es an

Faximile MIG-Info 2/92

November schickte die MIG ein neuerliches Schreiben. Im September 1991 wurde der BürgerInneninitiativen-Fonds eingerichtet und die MIG machte sich nach Gesprächen mit Grün-VertreterInnen neue Hoffnungen. Im November 91 kam dann die endgültige Absage: Der Bürgerinitiativen-Fonds

unterstütze nur bei konkreten Projekten, schwerpunktmäßig umweltorientiert, die von gesamtösterreichischer Bedeutung sind. Noch einmal wagte die MIG einen Versuch, doch auch dieser wurde, im Jänner 1992, abgelehnt.

In einer Antwort auf ein Unterstützungsansuchen des "Volksbegehrens gegen die neue Wohnungsnot" meinte der Bürgerinitiativen-Fonds: "... sollten wir zur Auffassung gelangen, daß wir auch Fondsgelder für Initiativen gegen die Wohnungsmisere widmen müssen, so wird das Volksbegehren in Frage kommen ..." (Zitiert nach MIG-Info 1/92). Also, Wohnungsnot schien für die Grünen bislang kein unterstützenswertes Thema zu sein.

Nun zurück zur Zensur in der MIG: Anscheinend in vorauseilendem Gehorsam sollte den Grünen kein Vorwand (denn Argument kann leise Kritik wohl nicht sein) geliefert werden, finanzielle Unterstützung auszuschlagen. Daß sie jedoch bisher auch ohne grün-kritischen Artikeln immer Argumente gefunden hatten, wurde ignoriert. Der Autor und der Redakteur des MIG-Infos jedenfalls haben ihre Konsequenz gezogen und die MIG-Zusammenarbeit aufgekündigt.

bezahlte Anzeige:

papierTIGER

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hat: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Feuer am Semmering

Aktion am 8. August 1992

Schon seit altersher war es in den alpen ein streng geachteter Brauch, in Zeiten der Gefahr auf den Berggipfeln Signalf Feuer anzuzünden. Dieser Brauch hat sich bis heute erhalten — nur sind es heute andere Vorzeichen, die zum Setzen von Signalf Feuer veranlassen: schrankenloser Verkehr, touristische Übererschließung, Raubbau an der Natur und Zerstörung unserer Umwelt.

Feuer in den Alpen werden schon seit einigen Jahren regelmäßig Anfang August aufgrund der anhaltenden Umweltzerstörung gesetzt. Feuer wird diese Initiative nicht nur auf die Schweiz und die westlichen Bundesländer beschränkt bleiben. Am 8. August wird eine Feuerkette vom Mittelmeer bis zum Wienerwald die Alpen erleuchten.

(Alliance for Nature)

Die Naturschutzorganisation Alliance for Nature und die Vereinigten Bürgerinitiativen des Schwarzatal-Semmering-Gebietes beteiligen sich an dieser alpenweiten Initiative mit der Aktion "Feuer am Semmering" und laden alle herzlich zur Teilnahme ein. Der Anlaß für die Aktion sind die Pläne verschiedener Interessensgruppen, den Semmering mehrmals zu durchbohren:

Semmering-Basistunnel

Die ÖBB wollen die Semmering-Bahn durch einen Basistunnel ersetzen. Ein Großteil der Bevölkerung und zahlreiche Umweltorganisationen sprechen sich jedoch im Rahmen der Initiative "Semmering-Ghega-Bahn statt Tunnel-Wahn" für den Hauptbetrieb über die bestehende Semmering-Strecke und gegen den geplanten Semmering-Basistunnel (SBT) aus folgenden Gründen aus (leider geht's hier nur in Kürze, weil's schon so spät ist. Genaueres nachzulesen im TATblatt minus und im Flugblatt der Alliance for Nature):

- 1.) Die Quellen der Schwarzatal-Semmering-Region würden durch den Bau des SBT gefährdet sein
- 2.) die Natur- und Kulturlandschaft der Semmering-Region, Teil des Landschaftsschutzgebietes Rax-Schneeberg würde beeinträchtigt werden
- 3.) mehrere Kurorte an der Rax wären über Jahre hinaus Großbaustellen
- 4.) die Erhaltung der Semmeringbahn, die die älteste Gebirgsbahn der Welt ist, wäre nicht mehr gewährleistet
- 5.) die SBT ist nach Ansicht von Verkehrsexperten ein Hemmschuh für den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel. Die Geldmittel, die der SBT verschlingen würde, müssen für weitaus wichtigere Bahnprojekte verwendet werden.

Semmering-Schnellstraßentunnel (SST)

Nach Plänen des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten soll am Semmering die Lücke der Schnellstraße S6 durch drei Schnellstraßentunnels über Privatfinanzierung geschlossen werden. Der Lückenschluß hätte eine umfangreiche Verkehrsverlagerung von der A2-Südauto-bahn auf die S6 zur Folge und somit auch eine massive Beeinträchtigung der Umweltqualität in der Mur-Mürz-Furche. Zudem

würde der SST einer weiteren Transitstrecke durch Österreich Vorschub leisten.

Österreichische Verkehrspolitik

Bevor weitere Verkehrsträger in Österreich errichtet werden, müssen alle Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene ergriffen werden, den ohnehin bereits an Grenzen stoßenden Verkehr zu reduzieren. Die bloße Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene bzw auf das Wasser ist keine Lösung der Verkehrsprobleme!

Einladung zur Aktion Feuer am Semmering

Programm: Gemeinsame Busfahrt vom Bhf. Payerbach-Reichenau zum "Viadukt über den Unteren Adlitzgräben"/Semmering, Fackelzug in den Oberen Adlitzgräben zum "Viadukt über die Kalte Rinne", Diaprojektionen auf die "Polleroswand, Lagerfeuer, Rückfahrt per Bus

Treffpunkt: 20.00 Uhr, Bhf. Payerbach-Reichenau
ab Wien Süd: 18.52 Uhr
ab Mürtzuschlag: 19.19 Uhr

Rückfahrt:
ab Wr. Neustadt: 0.02 Uhr
an Wien Süd: 0.30, an Mürtzuschlag: 1.09

Schon wieder eine Anschlagserklärung:

ADH

Gruppe Wien Abt. Antifaschismus

Wir haben keine Angst zu kämpfen, denn die Freiheit ist unser Ziel!

Die Entschuldigung

Das in den frühen Morgenstunden des 26.6.1992 im "Kursalon Hübner" ausgebrochene Feuer ist unsere Schuld. Unsachgemäßes Hantieren mit Zeitzünder und Benzin schaffte unvermutet eine für uns völlig außer Kontrolle geratene Situation. Außerdem schliefen wir zum Feuerausbruchzeitpunkt schon tief und fest.

Weiters hatten wir verabsäumt, die Geschäftsleitung des "Hübner" davon zu informieren, daß dort stattfindende Nazi-Veranstaltungen uns Stirnrunzeln macht; und wo wir runzeln, kann es leicht warm werden.

Der definitive Grund

Am 21.12.1991 hatte die eingeborene Nazi-Elite Stirn und Frechheit, sich den gesamten Kursalon für einen Abend zu mieten, um dort bierend und gröhlend feuchten Auges auf die nicht unbeträchtlichen Erfolge des auslaufenden Jahres rückzublicken. Während sich vor dem "Hübner" eine Gruppe von GegendemonstrantInnen Popo und sonstwas abfror, ließ sich Gerd Honsik und anderer oben treibender Nazikot vom zahlreich erschienenem Fußvolk bejubeln - wie immer bei derlei Anlässen bestens behütet von einer lautere Symathie bekundenden Polizeihorde.

Doch die Anderen...

Unsere Aktion richtet sich diesmal aber nicht gegen Nazis direkt (aufgeschoben ist nicht aufgehoben), sondern gegen jene unüberschaubare Zahl feiger Spießer, die im Background agieren und den Nazis als dienstbeflissene Kollaborateure den Weg ebnen - heute so wie damals. Leute und Institutionen, welche Nazis, Geld, Infrastruktur und/oder politische Unterstützung gewähren, haben jederzeit mit unserem Erscheinen zu rechnen.

Mit freundlichen Gruß ihre "Aktion Denken und Handeln"

Viel Liebe und Kraft auch nach Weyer, Innsbruck und Salzburg!

Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

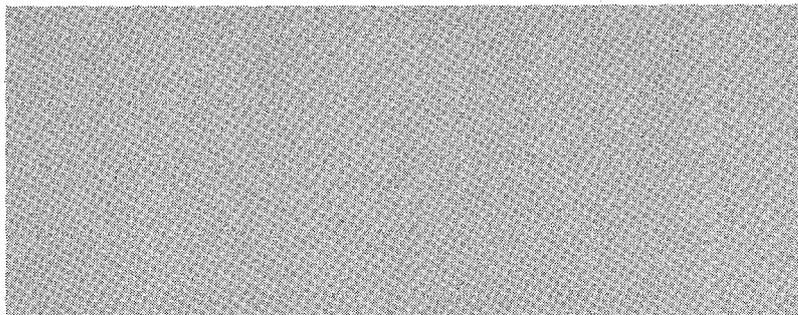
Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Nummerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Das TATblatt-Kollektiv:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 56 80 78; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: NEUNEUNEUNE! (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.

Platz für Notizen:

TATblatt

— macht Druck!!!

Am 7. September ist es soweit:

Das TATblatt eröffnet seine Druckerei!

Wir haben uns dazu entschlossen, eine selbstverwaltete Struktur aufzubauen und auch anderen zugänglich zu machen.

Ab September drucken wir das TATblatt selbst und wollen auch allen anderen Gruppierungen / Einzelpersonen unsere Infrastruktur zur Verfügung stellen.

All jenen, die sich bisher den Weg in eine Druckerei nicht leisten konnten und stets in den Copy-shop pilgerten, bieten wir jetzt die Alternative.

Ob Flugblätter, A3 Plakate, Broschüren oder Zeitungen - alles kein Problem mehr.

Unsere Öffnungszeiten ab 7.9.'92:
Montag bis Donnerstag 12 - 16 Uhr

Adresse: TATblatt; Gumpendorferstr. 157/11; 1060 Wien
(U6 - Gumpendorferstrasse)
Tel.: 56 80 78

TATblatt

— macht Druck!!!

Druckpreise (pro Vorlage):

pro Vorlage A4	Preis pro Druck excl. MWSt.		Preis pro Druck incl. MWSt.	
	einseitig	beidseitig / 2. Farbe	einseitig	beidseitig / 2. Farbe
ab 250 Drucke	0,45 öS	0,85 öS	0,54 öS	1,02 öS
ab 500 Drucke	0,40 öS	0,75 öS	0,48 öS	0,90 öS
ab 1000 Drucke	0,35 öS	0,65 öS	0,42 öS	0,78 öS
ab 2000 Drucke	0,30 öS	0,55 öS	0,36 öS	0,66 öS
ab 4000 Drucke	0,25 öS	0,45 öS	0,30 öS	0,54 öS

Format A3

pro Vorlage A3	Preis pro Druck excl. MWSt.		Preis pro Druck incl. MWSt.	
	einseitig	beidseitig / 2. Farbe	einseitig	beidseitig / 2. Farbe
ab 250 Drucke	0,90 öS	1,70 öS	1,08 öS	2,04 öS
ab 500 Drucke	0,80 öS	1,50 öS	0,96 öS	1,80 öS
ab 1000 Drucke	0,60 öS	1,10 öS	0,72 öS	1,32 öS
ab 2000 Drucke	0,50 öS	0,90 öS	0,60 öS	1,08 öS
ab 3000 Drucke	0,45 öS	0,80 öS	0,54 öS	0,96 öS

Benötigt werden fertige Papiervorlagen.
In den Preisen ist Recycling-Offsetpapier enthalten.
Preise für die Endverarbeitung wie Falzen, Zusammentragen, oder Heften auf Anfrage.

TATblatt:
Gumpendorferstr. 157/11, 1060 Wien
Öffnungszeiten ab 7.9.92: Montag bis Donnerstag 12 - 16 Uhr
Tel.: 56 80 78